



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 18. September 1887.

Nr. 435.

Deutschland.

Berlin, 17. September. Die Kaiserin unternahm gestern Nachmittag um 1/2 2 Uhr eine Ausfahrt und besuchte gelegentlich derselben die Kaiserin Augusta Stiftung zu Charlottenburg und demnächst auch noch das Augusta-Hospital bei Noabit. Nach der Rückkehr speiste die hohe Frau allein und verblieb dann den Abend über allein.

Heute Vormittag 8 1/2 Uhr hat die Kaiserin Berlin bereits wieder verlassen und sich mittelst Extrazuges zu mehrwöchentlichem Kurgebrauch nach Baden-Baden begeben. Auf der Reise dorthin sollte in Sangerhausen das Dejeuner und später am Nachmittag in Elm, während eines etwa halbstündigen Aufenthaltes, das Diner eingenommen werden. Die Ankunft in Baden-Baden wird heute Abend um 11 1/2 Uhr etwa zu erwarten sein.

Ueber die Abreise des Kaisers nach Baden-Baden werden erst Bestimmungen nach dessen Rückkehr aus Bommern getroffen werden.

Wie bereits gemeldet, ist Graf Kalnoy gestern Abend 9 Uhr 13 Min. in Begleitung eines höheren Beamten in Friedrichsruh mit dem Expresszuge eingetroffen. Der Reichskanzler hatte sich, dem „Hamb. Korresp.“ zufolge, kurz vor Ankunft des Zuges mit dem Grafen Herbert Bismard und dem Geheimrath Rottenburg auf dem Bahnhofe eingefunden und erwartete den Grafen Kalnoy auf dem Perron. Fürst Bismard konnte nicht sogleich den Wagen, in welchem Graf Kalnoy saß, finden und fragte ungeduldig den Schaffner, wo der Graf sei. „Da hinten“, sagte der Schaffner. „Na, doch nicht 2. Klasse?“ fragte Fürst Bismard. Inzwischen war Graf Kalnoy schon dem Wagen entstieg und kam auf den Fürsten zu, welcher ihn durch einen Händedruck begrüßte. Sämtliche Herren fuhren sodann nach dem Fürstenthause, wo Kalnoy als Gast des Fürsten unter einem Dache mit diesem Wohnung nahm. Graf Herbert Bismard ist am 14. Morgens in Friedrichsruh angekommen; wie lange derselbe dort bleiben wird, ist noch nicht bekannt, doch darf es als ziemlich sicher betrachtet werden, daß der Reichskanzler bis nach Neujahr und vielleicht gar noch bis in den Frühling hinein in Friedrichsruh verbleiben wird. Die Fürstin Bismard ist ebenfalls in Friedrichsruh anwesend. Die gräfliche Ransauische Familie, welche der Fürst mit Vorliebe um sich hat, wird in nächster Zeit erwartet. Das Aussehen des Reichskanzlers weist auf Wohlbehinden, sein Gang ist rasch und elastisch.

Mit Bezug auf die Zusammenkunft in Friedrichsruh wird aus Petersburg dem „B. L.“ gemeldet:

„Die öffentliche Meinung beurtheilt die Zusammenkunft in Friedrichsruh abfällig. Diese Entree sei durch die russisch-französische Annäherung hervorgerufen. Man werde in Friedrichsruh nur die deutsch-österreichischen Interessen in Erwägung ziehen, die russischen unberücksichtigt lassen; Oesterreich würde als Keil zwischen das deutsch-russische Einvernehmen der letzten Zeit geschoben. Allenfalls sei ein günstiges Resultat nur möglich, wenn Fürst Bismard den Grafen Kalnoy zu überzeugen vermöge, daß Rußland trotz seiner Friedeneliebe eventuell kriegsbereit sei.“

Zu einer solchen Drohung wird sich Fürst Bismard, dem befreundeten Oesterreich-Ungarn gegenüber, gewiß nicht veranlaßt fühlen, und die abfälligen Urtheile der russischen Presse werden ihn sehr kalt lassen.

Der „Freisinnigen Zeitung“, welche nach ihrer Bekämpfung des „Spiritudringes“ einem „Kohlenring“, d. h. einer Vereinigung von Interessenten des Kohlenbergbaues, auf die Spur gekommen sein wollte, ist folgende Berichtigung seitens des Ministers Maybach zugegangen:

„Die „Freisinnige Zeitung“ vom 8. d. M. enthält unter der Ueberschrift: „Ein Kohlenring“ einen Artikel über Beschlüsse der westfälischen Berggewerkschaftskasse, wegen Erhebung außerordentlicher Beiträge, sowie über Verhandlungen zwischen dem Reichstagsabgeordneten Dr. Hammacher und Berliner Bankinstituten wegen Bildung eines Finanzsyndikats, welches den Verlauf der niederrheinisch-westfälischen Kohlenproduktion übernehmen solle. Der Artikel schließt mit der

Bemerkung, daß es hierbei auf eine durch staatliche Maßnahmen unterstützte Preisvertheuerung der Kohle abgesehen sei. Letztere Angabe bedarf einer Berichtigung. Die Beschlüsse der westfälischen Berggewerkschaftskasse, wegen vermehrter Aufgaben der Kasse (Unterstützung der Anlage von Schiffsfahrts-Kanälen u. A. m.) außerordentliche Beiträge einzuführen und dieselben nach dem Ueberschuß der Förderung der einzelnen Bergwerke über die Förderung gewisser Vorkänge zu bemessen, waren von der staatlichen Aufsichtsbehörde in Gemäßheit des § 2 des Gesetzes vom 5. Juni 1863 (Ges.-S. 365) seiner Zeit nicht zu beanstanden, da die angeführten neuen bzw. vergrößerten Aufgaben der Kasse als zur „Hebung und Beförderung des Bergbaues“ dienend anzuerkennen waren. Daß durch die außerordentlichen Beiträge zugleich der herrschenden Ueberschuldung gesteuert werden sollte, konnte die Befestigung der betreffenden Statutsänderungen nicht hindern. Die Höhe der Beiträge ist von der Generalversammlung statutgemäß ohne Mitwirkung der Aufsichtsbehörde beschlossen worden. Die Bestrebungen wegen Bildung des erwähnten Finanzsyndikats stehen hiermit in gar keinem Zusammenhang.“

Die Berufung des Reichstages ist nach zuverlässigen Informationen auch in diesem Jahre erst für die zweite Hälfte des November in Aussicht genommen. Die Meldung von einer früheren Berufung wird trotz der Bestimmtheit, mit welcher dieselbe verbreitet wurde, nicht bestätigt.

Zu der Bemerkung der „Allg. Ztg.“, daß von einer Verlegung der Münchener Nuntiatur nach Berlin nicht mehr die Rede sei, läßt sich die „Straßb. Post“ von hier schreiben: „Diese Thatsache an sich steht unbedingt fest und ist hiesigen unterrichteten Kreisen keineswegs neu. Es ist dabei zu bemerken, daß die Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin seiner Zeit von Rom aus dringend gewünscht worden war. In Folge dessen hatte man Schritte gethan, um die Frage hier erörtern zu lassen. Es war auch bereits begründete Aussicht auf Erfolg vorhanden, doch scheiterte das Ganze schließlich an Bedenken, welche auf die höchste entscheidende Stelle zurückgeführt wurden. Seitdem ist davon nicht mehr die Rede gewesen, und schwerlich wird man unter solchen Umständen auf absehbare Zeit hin darauf zurückkommen.“

In Breslau sind nach einem Telegramm gestern 6 Uhr früh 26 Sozialdemokraten verhaftet worden, darunter Bruno Geiser und Maurer Conrad. Die Anschulddigung lautet auf Theilnahme an einer geheimen Verbindung.

Die badischen Wahlmännerwahlen werden am 5. Oktober beginnen.

Das neue Gesetz für Elsaß-Lothringen, welches die Regierung ermächtigt, die Bürgermeister auch außerhalb des Gemeinderaths auszuwählen, ist nach dem „Eis. Journ.“ zum ersten Mal von dem Bezirks-Präsidenten von Lothringen in Anwendung gebracht worden, der einen Kantonalrat, Dr. König, zum Bürgermeister des Landstädtchen Mörchingen ernannt hat.

Für die Beschaffung von Mitteln zur „seelsorgerlichen Bedienung“ der beim Bau des Nord-Ostsee-Kanals beschäftigten Arbeiter hat das Konfiskationsamt von Schleswig-Holstein eine allgemeine Kirchenkollekte angeordnet.

Die französischen Kammern werden nach der „Liberté“ zwischen dem 15. und 20. Oktober einberufen werden.

Die „Köln. Ztg.“ läßt sich aus Wien, 16. September, telegraphiren:

„Die bulgarische Regierung hat in Ungarn 800 Pferde gekauft und zwei Offiziere nach Siebenbrunn zur Uebernahme derselben entsandt. Ferner wird aus Pest gemeldet, daß ein englisches Haus eine Lieferung von Repetirgewehren für Bulgarien übernehme.“

Wir haben eine Depesche der „Agence Havas“ aus Sofia vom 14. d. wiedergegeben, in welcher die Absetzung des Präfekten von Rustschuk, Mantow, durch die bulgarische Regierung auf einen Zwischenfall zurückgeführt wird, der die Beziehungen der deutschen Regierung zu Bulgarien beziehungsweise der Pforte berührt. Es handelt sich um Verdächtigungen, deren sich das in Rustschuk erscheinende Blatt „Der Bulgare“ gegen den dortigen deutschen Vizekonsul von Löper

schuldig gemacht haben soll. Von ihrem bulgarischen Korrespondenten erhält die „Voss. Ztg.“ in der Sache unter dem gestrigen Datum nachstehende Telegramme:

Sofia, 16. September. Es verlautet, die deutsche Regierung habe bei der Pforte die Erlaubniß nachgesucht, daß einige Kriegsschiffe die Dardanellen passieren dürfen, da sie von der bulgarischen Regierung wegen mehrerer dem Rustschuker deutschen Vize-Konsul von Loeper zugefügten Beleidigungen keine genügende Satisfaction erhielt. Die bulgarische Regierung suspendirte das Journal „Der Bulgare“ in Rustschuk und stellte dessen Redakteur unter Anklage, weil derselbe Schmähartikel gegen Herrn von Loeper veröffentlicht hatte.

Sofia, 16. September. Die deutsche Regierung hat auf die durch die bulgarische Regierung gegebene Satisfaction in der Angelegenheit des Konsuls in Rustschuk noch nicht geantwortet. In hiesigen Regierungskreisen beunruhigt dies, da man fürchtet, Deutschland werde weitere Genugthuung fordern.

Ueber den hier ange deuteten Vorgang an sich, dessen politische Tragweite Niemand entgegen kann, wird für speziellere Betrachtungen erst Anlaß vorliegen, wenn das sachliche Material in erschöpfendem Umfange bekannt geworden ist. In allgemeiner Beziehung sei zur Erläuterung nur darauf verwiesen, daß durch die „Meerengen Konvention“, welche im Jahre 1856 als Anhang zum Pariser Vertrage abgeschlossen wurde, es den fremden Kriegsschiffen unterzagt ist, die Dardanellen zu passieren und in das Marmorameer einzulaufen. Die Spitze dieser Konvention war gegen Rußland gerichtet, das im Laufe der späteren Jahre öfter den Versuch gemacht hat, die Dardanellen-Sperre außer Kraft zu setzen. Es wäre ein sonderbarer Zufall, wenn die seit Jahrzehnten so viel umstrittene Meerengen-Frage ihre Aktualität gerade durch Deutschland plötzlich wiedergewinnen sollte, das im Orient „gar keine eigenen Interessen hat“. Daß die bei der Pforte nachgesuchte „Erlaubniß“ für das Einlaufen der Kriegsschiffe in die Dardanellen — ihre Befestigung vorausgesetzt — dem vertragmäßigen Recht entspreche, steht außer Zweifel. Die Pforte kann nach der heute geltenden Konvention die Passage durch die Meerengen anderen Mächten öffnen, während sie sich nach dem im Jahre 1833 mit Rußland abgeschlossenen geheimen Vertrage zu dessen Gunsten verpflichtet hatte, den fremden Kriegsschiffen „unter keinerlei Vorwande“ die Einfahrt in die Dardanellen zu gestatten.

Das Arbeiterpersonal der Spandauer Gewerkschaft, das weit über 2000 Mann stark war, ist, nach dem „Anz. f. d. Holl.“, nunmehr etwa um 1000 vermindert worden. Die Nachschicht hat aufgehört, und am Tage wird von Morgens 6 1/2 bis Abends 6 Uhr gearbeitet. Binnen Kurzem wird mit der Fabrikation von Karabinern für die Kavallerie begonnen.

Während die freikonservative und die konservative Presse dem Vorschlage, behufs Verminderung der Wahlagitationen die Legislaturperiode auf fünf Jahre zu verlängern, zustimmt, macht man im klerikalen Lager ein sehr saures Gesicht dazu. Das Zentrum hat früher in der Frage lavirt. Die Nothwendigkeit, demnächst entweder einer offenbar praktischen Maßregel widerprechen oder sich eine Verminderung der Agitations-Gelegenheiten gefallen zu lassen, wird offenbar un bequem gefunden. Auch die Wahl, in einer solchen Frage sich der nationalliberal-konservativen Mehrheit anschließen zu müssen oder diese gegenüber einer klerikal fortschrittlichen Minderheit wieder in Aktion treten zu sehen, ist dem Klerikalismus offenbar unangenehm.

Das englische Parlament ist gestern mit einer Thronrede der Königin vertagt worden, in welcher hervorgehoben wird, daß die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten fortwährend freundschaftliche seien. Die Königin hofft, daß der Abschluß der Konvention mit Rußland bezüglich der Nordgrenze von Afghanistan, welche von dem Emir willig angenommen sei, noch mehr dazu beitragen werde, den Frieden in Zentralasien dauernd aufrechtzuerhalten. Die Thronrede erwähnt sodann die Konvention bezüglich Ägyptens, die von dem Sultan nicht ratifizirt worden

sei, und betont, die der Königin durch ihre Verpflichtungen gegen den Souverän und die Bevölkerung von Ägypten auferlegte Haltung bleibe dadurch unverändert. Die Anwesenheit der englischen Streitkräfte habe Ägypten die Wohlthaten der Ruhe gesichert und die Königin in den Stand gesetzt, in wirksamer Weise die Bemühungen des Khedive zu unterstützen, um durch eine gute Regierung das Wohl seines Volkes zu sichern. Was die Fischereifrage in den nordamerikanischen Gewässern angehe, so sei die Königin mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten übereingekommen, die sich aus dieser Frage ergebenden Schwierigkeiten einer aus Vertretern der beiden Länder zu bildenden Kommission zur Berathung zu überweisen. Im weiteren Verlaufe der Thronrede giebt die Königin der Ansicht Ausdruck, daß der Rückgang, welcher eine Zeit lang auf den industriellen und kommerziellen Interessen gelastet habe, für die Folge einen weniger ersten Charakter tragen werde. Sie behauert, daß noch keine Verminderung der harten Prüfungen, welche die ländliche Bevölkerung zu ertragen gehabt habe, eingetreten sei, sie hofft indessen, daß die von dem Parlamente im Interesse Irlands genehmigten Gesetze eine Wiederherstellung der Ordnung und eine Ermuthigung der Industrie herbeiführen werden; schließlich spricht die Königin den Untertanen in ihrem ganzen Reiche für den Ausdruck warmer Loyalität anlässlich des Regierungsjubiläums ihren besten Dank aus.

Ausland.

Paris, 16. September. Das Manifest des Grafen von Paris wird gleich nach dem Wiederzusammentritt der Kammer zu einer Interpellation seitens der äußersten Linken und der Radikalen Veranlassung geben. Die intransigenten Blätter lassen sich dahin aus, daß wenn Rouvier auch eine energische Erklärung gegen die Monarchisten abgäbe, sein Sturz nach dieser orleanistischen Kundgebung doch unausbleiblich sei. Es ergehen sich in bestehenden Bemerkungen über dieses Dokument, das der Monarchie, die immer unpopulär gewesen sei, allen Boden entziehe.

Nicht minder scharf wendet sich die opportunistische Presse gegen das Manifest. Die „Republique française“ hofft, daß jetzt die Rechte sich spalten wird: „in eine Partei von Verschwörern, die Leute finden werden, welche ihnen den Weg weisen, und in eine konstitutionelle republikanisch-konservative Partei. Wenn nicht, würden „alle Republikaner vereint“, die Aufständischen zum Respekt vor den Gesetzen und der Verfassung der Republik zwingen. Das Kabinet, das versprochen hat, nur so lange zu regieren, als es über die Majorität der Republikaner verfüge, habe mit den „Instruktionen“ des Präsidenten sich nicht zu befassen. Wenn aber die Orleanisten von Worten zu Thaten übergehen würden, was nicht zu erwarten sei, so würden alle Republikaner, welche die Prinzen Ausweisung votirt haben, wissen, was die Pflicht ihnen gebietet.“

Rouvier läßt mit hin der Rechten noch die Thore offen, droht aber mit einer republikanischen Vereinigung, falls sie das Programm des Präsidenten zu dem ihrigen macht. — Jetzt, da den Konservativen jeder Zweifel genommen, so äußert sich das „Journal des Debats“, daß die orleanistische Restauration, wie das Kaiserreich, nur die Konfiskation aller Rechte und aller Freiheit bedeute, ist für sie ein Zögern nicht mehr möglich. Sie müssen erkennen, daß die Republik jetzt allein im Stande ist, ihre Interessen zu verteidigen.

Von den legitimistischen Organen ist der „Univers“ das einzige, welches offen erklärt, daß es keinen König von Frankreich mehr giebt, da der Graf von Paris, gestern noch der Chef des Hauses Frankreich, heute ein Nachahmer und Konkurrent der Bonapartes geworden sei und den Thron nicht mehr von dem königlichen Rechte und von Gottes Gnaden fordert, sondern von Volksabstimmung. „Wir sehen viele Präsidenten für die Erbschaft der jetzigen Republik, aber nirgends mehr einen gültigen Repräsentanten des monarchischen Rechtes. Die monarchische Partei ist endgiltig durch die Revolution vernichtet.“

Andere monarchistische Blätter, die offenbar gleichfalls das Manifest mißbilligen, suchen sich mit dem Gedanken zu trösten, daß der Präsident

seine Ansprüche mit den modernen Verhältnissen versöhnen wolle und so die monarchische Restauration der Verwirklichung näher rücke. Wie toll geberdet sich der „Gaulois“, der bereits seit mehreren Wochen heftig eine Verbindung mit der Regierung angegriffen hat; nach ihm wäre es bis zur Revolution, welche den Grafen von Paris auf den Thron heben wird, nur noch ein Schritt; das Manifest sei die Vorrede zur Handlung. Die Republikaner sollten sich nur wieder miteinander verbinden und ein Veröhnungsministerium zusammenstellen. Zuerst würden die Radikalen triumphieren: das sei dann das Ende. Allgemeine Verwirrung und Unordnung, aus welcher wie ein Phönix aus der Asche die Monarchie empor-tauchen würde.

Sehr traurige Miens zeigen die bonapartistischen Blätter; sie sind entsetzt, daß die Monarchie ihnen Konkurrenz in dem Plebiszite zu machen drohe und bezeichnen das während als Diebstahl. Der „Pays“ erklärt, daß die Bonapartisten und die Republikaner, die uneinigen Söhne einer gemeinsamen Mutter, energisch gegen die Wiederherstellung der Monarchie Karls X. und des Fürsten Polignac kämpfen müßten.

Die Provinzialblätter melden fast einstimmig, daß das Manifest die Bevölkerung sehr kühl gelassen und nur den Spott herausgefordert habe.

London, 17. September. Der gestrige Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge fand bei Horthorpe, 2 Meilen von Doncaster statt. Ein Zug, welcher Ausflügler von Sheffield nach Doncaster zu den dortigen Pferderennen beförderte, stand auf einem Nebengleise behufs Einsammlung der Billets, als der fällige Kourierzug von Manchester mit voller Dampfkraft herankam. Seine Lokomotive bohrte sich in die hinteren Waggon des Vergnügungszuges, zerschmetterte dieselben und richtete graußiges Unheil an. 16 Passagiere wurden sofort getödtet, 4 Schwerverletzte starben auf dem Transporte nach dem Hospital, 2 später. Gegen 70 Personen erlitten mehr oder weniger ernste Verletzungen. Einem Passagier wurde der Kopf vom Rumpfe gerissen. Andere wurden aus den Wagen hinaus einen steilen Damm hinabgeschleudert. Die Passagiere des Kourierzuges kamen meist mit unerheblichen Verletzungen davon. Die Ursache des Zusammenstoßes ist noch nicht aufgeklärt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 18. September. Zahlreiche Vereine aller Art, die zu den verschiedensten Zwecken gebildet sind, haben auch — als nebenwärtliche Einrichtung — eine gewisse Unterstützung ihrer Mitglieder in Krankheits- oder Todesfällen eingerichtet, die indes meistens dem einzelnen nicht ein formelles klagbares Recht auf Zahlung der Unterstützung gewährt, sondern die Bewilligung, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, von dem Ermessen des Vorstandes und dem Stande der Kasse abhängig macht. Da indes die Mittel zu diesen Leistungen selbstverständlich nur durch Beitragzahlungen der Mitglieder gewonnen werden können, also ein bestimmtes Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen Leistung eines festen Beitrages und Gegenleistung eines höheren Beitrages für gewisse Fälle besteht, so hat eine Polizeibehörde darin einen Versicherungsvertrag finden zu sollen geglaubt und von dem betreffenden Verein verlangt, daß er die staatliche Genehmigung zu diesem Betriebe erwirke, und für den Fall, daß dies nicht gelänge, die Auflösung, bezw. Schließung der Unterstützungsanstalt angeordnet. Auf erhobene Beschwerde hat indes der Minister des Innern sich der Auffassung der Polizeibehörde angeschlossen und in dem gedachten Betriebe ein der staatlichen Genehmigung unterliegendes Versicherungsunternehmen gefunden. Da es eine große Menge solcher Vereine giebt, die bisher die staatliche Genehmigung zu solchen Unterstützungs-Einrichtungen ihrer Mitglieder nicht für erforderlich gehalten und deshalb auch nicht nachgesucht haben, so erscheint es im Interesse dieser Vereine, um sich vor Schäden und Bestrafung zu sichern, nöthig, diese Genehmigung nachträglich baldigst einzuholen.

Die Gewinne der St. Karolusstift-Lotterie werden von Sonntag, den 18. d. M., ab bis inkl. 4. f. M. täglich von 9—12 Uhr Morgens und Nachmittags von 2—6 Uhr zur Besichtigung ausgestellt. Der Besitz eines Looses berechtigt zur Betheiligung des St. Karolusstifts und Besichtigung der Gewinne. Loose sind noch im St. Karolusstift selbst zu haben.

Die 6 Abonnements-Konzerte der Konzertdirektion Hermann Wolff werden am 26. Oktober, 15. November, 8. Dezember, 18. Januar, 8. Februar und 7. März stattfinden. Ein größeres Inserat im Laufe der kommenden Woche wird den Tag der Abonnements-Eröffnung und die Programme veröffentlichen. Auf mehrfachen Wunsch wird sich an einem Konzert wieder das Berliner Philharmonische Orchester betheiligen.

Bei der am 14. d. M. im Martensstifts-Gymnasium abgehaltenen Entlassungsprüfung bestanden 6 Abiturienten, einer war vom mündlichen Examen dispensirt.

Der Eisenbahnminister hat an die königlichen Eisenbahn-Direktionen folgende Verfügungen erlassen: 1) In den auf den Erlaß vom 20. März d. J. erstatteten Berichten haben sich die königlichen Eisenbahn-Direktionen fast übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß es wünschenswerth sei, durch gleichmäßige Anwendung von Laternen mit farbigen Gläsern dem reisenden Publikum die Auffindung der Bedürfnis-Anstalten auf ausgedehnteren und namentlich auf Ueber-

gangsstationen zu erleichtern. Ich beauftrage daher die königl. Eisenbahn-Direktionen, die Kennzeichnung der Bedürfnisanstalten in dem bezeichneten Umfange zu veranlassen und dabei violett-farbiges Glas zur Anwendung zu bringen. — 2) Nach den bestehenden Bestimmungen sind, soweit nicht für einzelne Strecken oder Züge besondere Ausnahmen zugelassen sind, mindestens der dritte Theil der in einem Zuge vorhandenen, betheiligten 2. Klasse und mindestens der sechste Theil der Abtheilungen 3. Klasse (in beiden Klassen außer den Frauenkoupees) des Koupees für Nichtraucher zu bezeichnen und ist dafür zu sorgen, daß mindestens in solcher Zahl schon auf der Abgangsstation des Zuges Nichtraucherkoupees zur Verfügung gestellt werden, ohne erst Beschwörungen und Bitten des Publikums abzuwarten. Im Falle des Bedürfnisses ist die Zahl der Nichtraucherkoupees im Verhältnis zu den Raucherkoupees noch weiter zu vermehren. Insbesondere ist auf denjenigen Bahnen, welche zur Reise nach und von Bade- und Kurorten benutzt werden, dafür Sorge zu tragen, daß Nichtraucherkoupees reichlich zur Verfügung stehen.

Betreffs der Militärpflicht der Volksschullehrer und Kandidaten des Volksschulamtes sind dem Vernehmen nach neuerdings einige Aenderungen eingetreten. Im § 9 der deutschen Wehrordnung heißt es nur: „1) Volksschullehrer und Kandidaten des Volksschulamtes, welche ihre Befähigung für das Schulamt in vorchriftsmäßiger Prüfung nachgewiesen haben, können nach kürzerer Einübung mit den Waffen zur Reserve beurlaubt werden. 2) Geht der so Beurlaubte seinen bisherigen Beruf gänzlich auf oder wird er aus dem Schulamte für immer entlassen, so kann er vor Ablauf des Jahres, in welchem er das 25. Lebensjahr vollendet, zur Ableistung des Restes seiner aktiven Dienstzeit wieder eingezogen werden.“ Die Festsetzung des Zeitraums für die Einübung mit den Waffen ist also dem freien Ermessen der zuständigen Militärbehörden überlassen. Während nun bisher eine sechsmonatige Übung als kürzere Einübung galt, werden neuerdings, um den Volksschullehrern eine gründlichere und mehr abgeschlossene militärische Ausbildung zu Theil werden zu lassen, die Betreffenden mit den Ersatzreferenten zu einer zehnwöchigen Übung herangezogen. Hierbei ist zu beachten, daß nach dem vom Kaiser unter dem 31. August 1880 genehmigten „Ergänzungen und Aenderungen der Wehrordnung vom 28. September 1875“ die wegen hoher Loosnummer oder wegen geringer körperlicher Fehler der Ersatzreserve 1. Klasse überwiesenen Volksschullehrer u. nicht als Übungspflichtige ausgewählt werden dürfen. Während weiter bisher hier und da den an nicht öffentlichen Schulen wirkenden Lehrern u. die Vergünstigung einer kürzeren Dienstzeit nicht gewährt wurde, soll zufolge Anordnung des Kriegsministeriums jetzt auch solchen Lehrern, wenn sie die Berechtigung zur Anstellung an einer öffentlichen Schule haben, aber ohne eigene Verschulung eine öffentliche Schulstelle noch nicht bekleiden, diese Vergünstigung zu Theil werden. Denjenigen Lehrern, welche der Militärpflicht genügt haben und also zur Übung mit der Waffe wieder einberufen werden können, ist zu empfehlen, sich als Feldlazareth-Inspektoren oder Feldlazareth-Mendanten ausbilden zu lassen. Nach einer Kabinettsordre vom 3. September 1874 sind Mannschaften des Beurlaubtenstandes zu Übungen bei den Friedenslazarethen an Stelle der Übungen mit der Waffe einzuberufen und für den Sanitätsdienst auszubilden. Da nun die Lehrer, welche ihrer Militärpflicht genügt haben, zu den Mannschaften des Beurlaubtenstandes gehören, so ist auch nach einem im Jahre 1882 an die Berliner Schuldeputation ergangenen Erlaß des Kriegsministeriums gegen deren eventuelle Einsetzung zu vorbezeichneten Übungen bei den Friedenslazarethen nichts einzumenden, „sofern die Betreffenden zu einer derartigen Verwendung für den Kriegsfall bereit sind und die entsprechende Qualifikation besitzen.“ Die Ausbildung erfolgt in einem Garnisonlazareth, und nach beendeten Kursus ist eine schriftliche und mündliche Prüfung zu bestehen, welche von dem Chefarzt und dem Lazareth-Inspektor abgehalten wird. Die Korpsintendantur stellt auf Grund der Prüfung das Qualifikationszeugniß aus, und der Betreffende wird von jeglichem Dienste mit der Waffe entbunden.

In der Woche vom 11. bis 17. September wurden in der hiesigen Volksschule 1799 Portionen verabreicht.

Die Kaisertage in Stettin.

Stettin, den 17. September. Se. Majestät der Kaiser fuhr heute bereits kurz nach 9 Uhr auf das Manöverfeld und traf nach etwa einer Stunde daselbst ein. Da das Manöver sich diesmal hauptsächlich um Neuenkirchen konzentrierte, so fuhr Se. Majestät durch die Kurfürstenstraße und später auf der Basewalder Chaussee. Hier hatte Herr Gärtner Engelmann zwei hübsche Gruppen von Orangeräubern an den Weg gestellt, zwischen Schwarzow und Scheune waren die Schulkinder auf der Chaussee aufgestellt und ebenso hatten sich die Dörfer Möringen und Neuenkirchen aufs prächtigste geschmückt, um ihren kaiserlichen Herrn zu empfangen. Die Truppen hatten in der Nacht auf den Feldern zwischen Kadow, Möringen, Neuenkirchen, Sparrenfelde, Köstlin, Grambow, Lienten, Neu-Lienten u. s. w. bivakirt und sich bereits früh zusammen gezogen. Seine kaiserliche königliche Hoheit Prinz Wilhelm hatte das Bivak mit seinem Regimente König Friedrich Wilhelm IV. mitgemacht und befand sich

mit demselben am Morgen unweit des Vorwerks Sparrenfelde, um sich dann mit dem Regimente später nach Neuenkirchen zu ziehen. Als Se. Majestät der Kaiser um 10 Uhr auf dem Manöverfeld eintraf, war das Manöver bereits vollständig im Gange. Auch Ihre kaiserliche königliche Hoheit Prinzess Wilhelm hatte sich auf einem andern Wege dort eingefunden. Der dritten Division unter Generalleutnant v. Dypela-Bronikowski war diesmal die Aufgabe zugefallen, den Terrainabschnitt, welcher durch die Höhen bei Neuenkirchen und Wamlig gebildet wird, gegen den Angriff der vierten Division unter Generalleutnant von Lewinck zu vertheidigen. Das Terrain erhebt sich hier diesseits des Neuenkirchner und Köstliner Sees zu einem kleinen Höhenzuge, welcher, zwar lange nicht so hoch wie der Warsower Höhenzug, doch der Vertheidigung wesentliche Vortheile bietet, zumal der Gegner aus den niedergelegenen Ortschaften Lienten, Neu-Lienten, Grentzorf, Flatenwerber und Grambow hervorbrechen muß und so seine Annäherung nicht unbemerkt vollziehen kann. Das wesentlich ebenere Terrain zwischen Neuenkirchen, Köstlin und Stöwen, wohin die Kavallerie zur Auffklärung geschickt war, bietet außerdem auch dieser genügend Raum, sich zu entwickeln. Se. Majestät der Kaiser nahm mit dem kaiserlichen Zuge zunächst auf einer Anhöhe links von Neuenkirchen Aufstellung, wo namentlich das Artilleriegeschütz von den Höhen von Neuenkirchen resp. Köstlin sehr lebhaft in Gang kam und gleichzeitig unter den Augen Sr. Majestät des Kaisers eine äußerst schön gerittene Attaque der beiden aufklärenden Kavallerie-Abtheilungen gegen einander stattfand. Später entwickelte die angreifende Division von Köstlin, Flatenwerber, Grentzorf, Neu-Lienten, Lienten und Daber her sehr bedeutende Massen von Infanterie, welche die dritte Division mit lebhaftem Feuergefecht empfing. Se. Majestät der Kaiser begab sich jetzt mit Gefolge durch das Dorf auf die Höhe rechts von Neuenkirchen, um von hier aus den Anmarsch der auf der ganzen Linie Grambow, Lienten, Daber heranrückenden angreifenden vierten Division und die Vertheidigungsmaßregeln der dritten möglichst übersehen zu können. Als die angreifende Division auf der ganzen Linie zum Angriff vorrückte und namentlich auf den beiden Flügeln, besonders aber von Flatenwerber und Grentzorf her große Truppenmassen gegen die Neuenkirchner Höhen bei dem Strichhufe entwickelte, und es hier wieder zwischen Vertheidigern und Angreifern zu einem äußerst lebhaften Schnellfeuer kam, in welchem einzelne Theile der dritten Division bereits ihre Munition verschossen hatten, ließ Se. Majestät der Kaiser, bevor noch die letzten Reserven zur Entscheidung herangezogen wurden, 10 Minuten vor 12 Uhr „das Ganze halt“ blasen und versammelte die Offiziere zur Kritik auf der Höhe rechts von Neuenkirchen. Die Führer der theilweise sehr weit auseinander stehenden Truppen, namentlich der beiden aufklärenden Kavallerie-Brigaden, vermochten erst nach längerer Zeit dem Signale nachzukommen. Es wurde dann hier von Seiner Majestät dem Kaiser noch ein Parademarsch der Kavallerie-Regimenter auf der Höhe des Hofes Sparrenfelde anbefohlen und begaben sich Seine Majestät mit der Prinzess Wilhelm unter den Hochrufen der Truppen und der versammelten Zuschauer nach kurzer Zeit gleichfalls dorthin. Es gingen dann auf der Höhe bei Sparrenfelde das Basewalder Kürassier-Regiment, die Neumärkischen Dragoner, die Demminer Ulanen, die Bromberger Dragoner, die Stolper Husaren und die 9. Ulanen bei ihrem kaiserlichen Kriegesherrn noch einmal im Trabe vorbei, worauf Seine Majestät der Kaiser sich dann huldvollst von den Truppen und Offizieren für diesmal verabschiedete und über Sparrenfelde nach Stettin zurückfuhr. Die zurückmarschirenden Truppen, unter ihnen Prinz Wilhelm an der Spitze des Königs Regiments, füllten bald die ganze Chaussee bis nach Stettin, um theilweise noch heute per Bahn in ihre Garnisonorte zurück befördert zu werden.

Prinz Wilhelm begleitete das Königs-Regiment vom Manöverterrain bis zur Kaserne, vor letzterer nahm das Regiment in Bataillonsfront Aufstellung und Se. kgl. Hoheit verabschiedete sich von dem Regiment, dabei seine größte Zufriedenheit ausprechend. Der Regiments-Kommandeur, Oberst v. Lun d l a d, dankte und brachte ein dreifaches Hurrah auf den Prinzen Wilhelm aus, in welches nicht nur das Regiment, sondern auch die zahlreich versammelte Menschenmenge lebhaft einstimmt.

Auf ein Telegramm, welches der Oberpräsident Graf Behr-Negenbank am 14. d. M. an Se. kaiserliche und königliche Hoheit den Kronprinzen nach Toblach gesendet und in welchem er gemeldet hatte, daß Se. Majestät der Kaiser und König bei der Tafel auf das Wohl der Provinz getrunken, ist am 15. d. M. folgendes Antwort-Telegramm eingelaufen: Die Kronprinzessin und ich danken Ihnen für Ihr Telegramm, welches uns die freudige Kunde giebt, daß in der uns so theuren Provinz, von der fern bleiben zu müssen ein großes Opfer bedeutet, unser in diesen schönen festlichen Tagen freundlich gedacht wird, wie wir mit unseren Gedanken unter den Pommern weilen. Friedrich Wilhelm, Kronprinz, Statthalter von Pommern.

Heute Nachmittag 5 Uhr fand im Schlosse Diner beim Kaiser statt, zu welchem wiederum nur wenige Einladungen ergangen waren. Nach Aufhebung der Tafel erfolgte die Abreise nach

Berlin. In den Straßen, welche der kaiserliche Wagen passirte, bildeten Menschenmengen Spalter und endlose Hochrufe wurden dem großen Herrscher zum Abschied dargebracht, besonders in der Umgegend des Bahnhofes war der Andrang ein sehr starker. Auch bei der Ansahrt des Prinzen und der Prinzess Wilhelm, des Prinzen Leopold und des General-Feldmarschalls Moltke wurden lebhafteste Ovationen dargebracht. Auf dem Bahnhof war auf Allerhöchsten Befehl jede größere Verabschiedung verboten und hatte in Folge dessen auch keine Ehrenkompanie Aufstellung genommen, nur die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden hatten sich eingefunden, ferner waren eine Anzahl Offiziersdamen anwesend, von denen der Prinzess Wilhelm beim Betreten des Kaiserzimmers ein Bouquet überreicht wurde. Um 7 Uhr 10 Min. setzte sich der kaiserliche Extrazug unter den begeistertsten Hochrufen der Anwesenden in Bewegung. Se. Majestät stand am Fenster des Salonwagens und grüßte mit freundlichem Lächeln nach allen Seiten. Als der Zug bereits in Bewegung, reichte der Kaiser dem Kommandirenden, General d. d. Burg, nochmals zum Abschiede die Hand und schüttelte dieselbe herzlich.

Einzelne Bahnbeamte haben von Sr. Majestät prächtige goldene Busenadeln, Greißelkrawatte, eine echte Perle umklammernd, zum Geschenk erhalten, so die Führer, welche den kaiserlichen Zug geführt. — Der kaiserl. Marfial wurde zum Theil schon heute Nachmittag nach Berlin zurück befördert.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Bellevue theater: Gastspiel des Hamburger plattdeutschen Schauspiel-Ensembles. „Familie Eggers.“ „Jochen Käsel, was büßt vörn Esel.“ — Elvstun theater: „Die Anna-Lise.“

Montag. Bellevue theater: Dieselbe Vorstellung.

Bermischte Nachrichten.

(Mißglückte Meldung.) „Wo ist der Unteroffizier Müller?“ — Feldwebel: „Herr Hauptmann, ich melde gehoramt, daß Unteroffizier Müller diese Nacht am Herzschlage unter Hinzutritt ärztlicher Behandlung verstorben ist.“

(Reise Anspielung.) „Wie so konnten Sie diese Beleidigung ruhig hinnehmen, sind Sie etwa Auktionator?“ — „Wie so das?“ — „Nun, weil Sie sich Alles bieten lassen.“

(Im Bade.) A. (der als Trinker bekannt ist): „Ich weiß wirklich nicht, was ich vorziehen soll, Süß- oder Salz-Wasser.“ — B.: „Sie vergessen das gebrannte Wasser.“

(Boshaft.) Ein Schriftsteller, der unbarmherzig fremde Werke blünderte, erhielt einen Orden. Erkaunt fragte Jemand einen anderen Schriftsteller: „Werden denn Orden jetzt auch für Plagiate verliehen?“ — „Nein,“ war die Antwort, „aber für Gedächtnisstärke.“

(Schlagendes Beweis.) Herr: „Ich habe stets ungeheures Glück in der Liebe gehabt.“ Dame: „Und sind doch noch ledig?“ — „Eben deshalb.“

(Unversoren.) Bankier: „Sie halten um meine Tochter an, die eine Million mitbekommt, während Sie selbst nichts haben?“ — Bewerber: „Eben deshalb!“

(Unte.) Schauspielern.) „Hören Sie, Kollege, ich finde nicht, daß Sie sich während des Sommers erholt haben. Sie sehen recht elend aus.“ — „Wie sollte ich anders: habe ich doch fortwährend gestirbt und acht Mal als Ferdinand Gift gewonnen, sechs Mal bin ich als Carlos erschossen und als Julius Cäsar neun Mal erschossen worden, und dabei soll man gut aussehen!“

Bankwesen.

(Christiana 4 pCt. Stadt-Obligationen von 1885.) Die nächste Ziehung findet am 1. Oktober statt. Gegen den Kursverlust von ca. 2 1/2 pCt. bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 7 Pf. pro 100 Kronen.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Stuttgart, 17. September. Heute, Nachts 3 Uhr, brach im hiesigen Ludwigs-Hospital Feuer aus. Das schnelle und geschickte Eingreifen der Feuerwehr hatte zur Folge, daß der Brand auf den Dachstuhl beschränkt blieb und ein größeres Unglück abgewendet ward. Doch dürfte der ausgestandene Schaden für manche Kranke vermuthlich von schlimmen Nachwirkungen sein.

Wien, 16. September. Bei der Landtagswahl in Budweis wurde der deutschliberale Kandidat Sztar mit 1363 Stimmen gegen den tschechischen Gegenkandidaten Zalka gewählt. Letzterer erhielt 1047 Stimmen.

Kopenhagen, 17. September. Gestern unternahm die ganze königliche Familie, sowie der Kaiser von Rußland im offenen Wagen eine Spazierfahrt nach Hellebäck nördlich von Helsingör. Bei der Rückkehr machte der Kaiser einen längeren Theil des Weges zu Fuß.

Wasserstands-Bericht.

Der bei Breslau, 16. September, 12 Uhr Mittags Oberpegel 4,48 Meter, Unterpegel — 0,70 Meter. — W a r t h e bei Posen, 16. September Mittags 0,18 Meter.